

Erhöhten während des Jahres. Hauptartikel: Gewerbe-Verhältnisse der Welt, die Weltwirtschaft, die Weltwirtschaft, die Weltwirtschaft...



Verzeichnis der Abonnenten-Namen in Groß-Berlin: Hauptredaktion SW 19, Reichsallee 46/48, Filialen: Unter den Eichen 100, Potsdamer Straße 80, Rindfleischplatz 100/101...

Wolff und Handlung-Zeitung

Nr. 204 Ausgabe für Berlin 53. Jahrgang Mittwoch, 30. April 1924

Rot und Schwarz. Die Schwarzen und der Volkswirtschaft. — Eine Folge der Teilnahme am Krieg.

Von unserem Korrespondenten Lynkovs.

Dem Fremden, der durch New-York oder Chicago fährt, kann eine Uebersicht dieser Welt begegnen: er durchstreift etwas ein Vierteljahr mit freundlichen Gesichtern und mittelgroßen Häusern. Jene einen behaglichen Wohlstand, einige einen größeren Wohlstand — apartment-houses — dazuweisen, die sich längs einer breiten, lebigen, mächtig belebten Verkehrsader aufreihen. Auf einmal reißt er sich die Augen: er sieht nur Schwarz in den Straßen, in diesen Straßen, die ebenjenseitig in Berlin oder Paris liegen könnten. Keine Ländchen seiner Sehnen, sondern Talsache. Er ist, ohne es zu bemerken, in ein Regierungsviertel geraten und erblickt nun die Werkstätten, in diesen größten Konzentrationen der weißen Menschheit für eine Weile ganz unter Schwarzen zu sein. Mit Regardieren und sonstigen Begriffen der Primitivität hat diese schwarze Entlastung nun freilich nichts zu tun; es handelt sich um früher von Weissen benötigte Viertel, in die nach und nach die farbigen eingedrungen sind, alle Weissen mit sanfter, aber auf die Dauer unumkehrlicher Gewalt verdrängt. Die Fähigkeit, die das schwarze Element bei solchem Einströmen weißer Stadtteile zeigt, ist höchst erstaunlich. Allerdings verläßt diese Bewohnerschaft den Bezirk, sobald sich die ersten Schwarzen darin niederlassen. Ganz bereinigt haben Kung-King-Anhänger sich mit Waffengewalt gezeigt in Chicago sind vor einigen Jahren ein paar solcher schwarzen Pioniere, die sich in neuem Terrain auf der Südseite festsetzten, morgens erschlagen vor ihren Wohnungen gefunden worden, aber auf die Dauer werden selbst solche extreme illegale Mittel gegen die schwarze Rute verfallen.

Im allgemeinen bemerkt sich die Negerebeziehung in den Vereinigten Staaten wohl nur wenig schneller als die weiße; ihr Zunehmen in New-York, Chicago und einigen anderen Plätzen beruht wesentlich mehr auf der Abwanderung der Farbigen aus dem Süden nach Norden und auf ihrer Verteilung für die großen Städte. Eine gewisse kulturelle (nicht rassenmäßige) Assimilation einzelner kleiner Kategorien von Schwarzen läßt sich insofern feststellen, als man ihnen einige dienende Berufe geöffnet und reserviert und innerhalb dieser Berufe sehr brauchbare Glieder im Gesamtorganismus der Nation in ihnen gewonnen hat — es sei nur an die treulichen Diener in den Wagen der Pullman-Gesellschaft erinnert, die ausnahmslos Negere sind und eine glatte des schwarzen Elements bilden. Wichtig ist es im Süden mit der Negerebeziehung in den Häusern der Reichen. Im großen ganzen aber lebt die schwarze Rasse hierzulande neben der weißen dahin, ohne daß die eine viel vom Leben der anderen weiß.

Im politischen Leben der Vereinigten Staaten spielen bisher die Schwarzen nur eine verschwindend geringe Rolle, sie sind in dieser Hinsicht noch ganz „rudis indigestaque moles“, von einzelnen farbigen Sozialpolitikern abgesehen, die sich in südländischen Plätzen als Mitglieder einer der großen Parteien im politischen und wirtschaftlichen Einfluß zu erheben bestreben haben. Am so bemerkenswerter ist der neuerdings hin und wieder auftauchende Gedanke einer politischen Mobilisierung der schwarzen Bevölkerung zwecks Anschlusses an die sozialistische Bewegung. Mit dieser Frage hat sich kürzlich im zunehmenden Sinne eine Regierung des mittleren Westens, „The Defenders“, beschäftigt. Der Schreiber des betreffenden Zeitungsartikels meint das Negerelement ist in Europa durch seine einseitige Teilnahme am Krieg zu einem wichtigen Faktor der politischen Entwicklung geworden, der sich auf sich selbst bestimmen und stärker durchsetzen müsse. S inowjew, der Präsident der 3. Internationale, habe die französischen Kommunisten aufgefordert, für die Unabhängigkeit der schwarzen Afrikaner einzutreten. Die so von den Bolschewiken angebotene Hand mißten die Negere auf allen Kontinenten ergreifen und sich der Unterstützung der Internationalen Sozialistischen Arbeiterbewegung an der ganzen Erde ein Ende gemacht werden.

Was in den Vereinigten Staaten ist eine Auflehnung der „Internationalen“ und der Schwarzen gegen die herrschende Ordnung vollkommen aussichtslos. Der Sozialismus wird hier noch auf lange Zeit hinaus nur fidei-wort haben, als man ihm von oben herunter schenkt, freiwillig einräumt, mit Gewalt ist da nichts zu erzwängen. Und die Schwarzen tun wegen ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit — es kommt nur 1 Negere auf zehn weißen — auf keinen Fall eine Machtprobe heraufzubeschwören. „Route et Noir“, Rot und Schwarz, würde sich auch in diesem Falle als ein gefährliches Spiel erweisen.

Wollt Ihr höhere Aufwertungsfähigkeit?

Dann stimmt gegen rechts!

Voraussetzung für höhere Aufwertung: Geländung und größere Rentabilität der Wirtschaft. — Wer bürgt dafür? Die Deutsche demokratische Partei als Wiederauflaufpartei! — Wer droht die deutsche Wirtschaft wieder ins Chaos zurückzuführen? Die Deutschsozialisten und die Deutschnationalen mit ihrer Ablehnung des Staatsdens und ihrer Katastrophopolitik!

E. D. Eigentlich wäre die klare Wahlparole in dem Jahr oder Wähler der Verantwortung dieser Frage hängt tatsächlich das künftige innen- und außen-, wirtschafts- und sozialpolitische Gesicht Deutschlands ab. Nehmen wir das Gutachten ab, dann werden wir außerpolitisch wieder in eine völlige Isolierung hineingetragen, dann kann Frankreich seine Zwangsposition gegenüber Deutschland hemmungslos durchzuführen, kann seine Rhein- und Ruhrpläne weiter verfolgen und im Innern werden die daraus resultierenden Folgen für die Abwertung, für die Wirtschaft und die Sozialpolitik ergeben. In der Stellungnahme zu dem Sachverhalt liegt der Angepunkt aller Dinge. Tropen wird diese Aufgabe in dem Wahlkampf von einer Fülle großer und kleinerer Einzelfragen überdeckt. Interessengruppen werden ihre Spezialfragen in den Vordergrund, gründen womöglich darauf eine besondere Partei und verlieren große Scharen von Wählern, indem sie auf einen einzigen Punkt des Programms monomomente hinarbeiten, in ihre einseitigen, beschränkten Pläne hineinzulassen. Hunderttausende von Stimmen werden auf diese Weise zerstückelt und kommen parlamentarisch überhaupt nicht zur Geltung. Die großen Fragen der politischen Weltanschauung werden um eines scheinbaren augenblicklichen Nutzens oder auch um bloßer Hoffnungen auf dem Papier willen vergessen und alle Aufwertungsfähigkeit einer einzelnen Partei oder Interessengruppe zugunsten. Eine große Rolle in diesem Kampf um Seitenfragen spielt die Aufwertung. Darüber einige Worte.

Die Aufwertung ist nur ein Teil der wirtschaftlichen Probleme, die in richtigem Zuge gelöst werden müssen, um die deutsche Mark zu stabilisieren und die Währung zu erhalten. Schon das Kabinett Guno hat, als der Markkampf begann, aktiv in die Währungsposition eingegriffen und den Kurs der Papiermark künstlich gehoben. Weil die damalige Regierung aber sich lediglich darauf beschränkte, auf den Verkehr der Devisen hemmend einzuwirken, und nicht das gesamte Währungsproblem mit all seinen verzweigten Konsequenzen aufzulöste, mußte dieser Versuch schon nach wenigen Monaten scheitern, und dann setzte jene furchtbare Inflation ein, die Land, Werk und Wirtschaft im Ru in den Rand des Abgrundes drängte. Wenn man im vergangenen Herbst, und zwar durch die Schaffung der Rentenmark, von neuem daran ging, geordnete Währungsverhältnisse herzustellen, so mußte man radikal Schluss machen mit der Schuldenwirtschaft, mit der unabhorrlichen Papiergeldausgabe, mit dem Defizit des Gelds, mit der Steuer über Steuern einfließen an allen Ecken und Enden hören und, nicht zuletzt, der gesamten Volkswirtschaft, nach dem Durchdringen der Verfassung während der Inflationszeit, eine feste Grundlage geben, auf der sie neu aufbauen konnte. Diese feste Grundlage für alle Kalkulationen war die Begrenzung der Aufwertung von Schuldverpflichtungen der verschiedenen Art. Dieses Unterliegen, die Aufwertungsfähigkeit überhaupt aufzuheben und zu nächst einmal, da alles noch im Fluß war, eine bestimmte Grenze festzusetzen, hat in der Wirtschaftsgeschichte nicht ihresgleichen. Als man dazu schritt, war die Rechtslage überaus verworren. Das eine Gericht entschied so, das andere so. Kein Mensch konnte sich in dem Wirrwarr der Entscheidung mehr aus. In Amerika hat, um nur ein Beispiel der Vergangenheit heranzuziehen, der vielmehrteilige Aufwertungsprozeß nach dem Versfall der amerikanischen Währung, der sich aus dem Sezessionskrieg ergab, etwa zwanzig Jahre gedauert. Ungleich schwieriger sind die Klänge, mit denen Deutschland, außen und innen bedrängt, zu weiden hatte. Unmöglich sollte die Aufwertungsfähigkeit durch ein Gesetz geregelt werden. Dieses Gesetz hätte an sich eine verfassungsmäßig ändernde, das heißt eine Zweidrittelmehrheit erfordert, um ihn die volle, absolut unvertretliche Rechtsfähigkeit zu schaffen. Das es dazu nicht kam, daran tragen die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten die Schuld. Die Sozialdemokraten lehnten jede Aufwertung grundsätzlich ab und verlangten, angesichts des entgegengelegenen Reichsgerichtsurteils, geradezu ein gleiches Verbot der Aufwertung. Die Deutschnationalen waren zwar prinzipiell Anhänger einer Aufwertung, aber über das Maß der Aufwertung konnten sie sich innerhalb der Freiheit nicht einigen. Unter diesen Umständen durfte die Regierung die dritte Steuererhöhung nicht aufheben, da sie für eine Neuordnung der Materie keine Mehrheit im Reichstage gefunden hätte. Die Folgen wären wirtschaftlich untraglich gewesen, da die ganze Wirtschaft nach unklaren Gesetzen wäre, welche Wägen sie zu tragen hatte.

Anfangs hatte die Regierung nur eine zehnprozentige Aufwertung für eine eng begrenzten Kreis von Schuldverpflichtungen vorgesehen. Die Deutsche demokratische Partei war es, die als erste den

Vorschlag machte, die Aufwertung wenigstens auf fünf Prozent zu erhöhen. Das geschah denn auch. In den weiteren Vorberhandlungen mit der Regierung, werden die Schuldverschreibungen von öffentlichen Körperschaften, sofern sie Unternehmer wirtschaftlicher Betriebe sind, in den Rahmen der Aufwertung mit eingepaßt. Gleichzeitig wurden die Sparfassen aufgehoben und die Lebensversicherungen mit in diesen Prozeß dergefallt eingeschoben, daß hier die schuldenlose Inflation unter Leitung eines Treuhänders einer Art von Zellulosefabrikation unterworfen wurden. Dabei soll die Liquidationsmasse gegenüber der früheren Gläubiger aus denjenigen Vermögensbestandteilen des Schuldners gebildet werden, die ihrerseits durch die Aufwertungsordnung aufgewertet sind. So weit die unteren Grenzen, die erst einmal festgesetzt werden mußten, um in die wiederzulebende Schuldverhältnisse der Wirtschaft eine gewisse Ordnung hineinzubringen, festgelegt wurde, daß die Zahlung der aufgewerteten Kapitalverträge nicht vor dem 31. Januar 1922 verläßt werden kann. Zugunsten beginnt bereits mit dem Jahresanfang 1925 die Verzinsung der aufgewerteten Ansprüche, und zwar mit zwei Prozent pro anno. Dieser Zinssatz steigt sich von Jahr zu Jahr um je ein Prozent, bis er die Höhe von fünf Prozent erreicht hat. Diese verhältnismäßig lange Frist für die tatsächliche Liquidation zwischen Schuldner und Gläubiger ist unter dem Gesichtspunkte vorzuziehen, daß man der Wirtschaft Zeit lassen mußte, aus dem Ertrag ihrer Arbeit die für die Rückzahlung notwendigen Mittel zu beschaffen.

Übersehen wird, daß es sich bei dieser Regelung nur um ein Provisorium, um einen Notbehelf handelt, um die deutsche Wirtschaft erst wieder einmal auf die Beine zu stellen. Sie wieder fester untermauert, dann werden ganz von selbst sowohl die völlig unzulänglichen Beamtengehälter erhöht, wie auch die Aufwertungsfähigkeit einer Revision unterzogen werden müssen. Dieser Anpassungsprozeß ist verhältnismäßig einseitig, sehr inkonsequent die Projektion der Aufwertung hinauszuführen. Aber die Voraussetzung dazu ist, wie immer wieder betont werden muß, die zunehmende Stabilisierung und Befestigung der deutschen Volkswirtschaft in all ihren Ausrichtungen. Die Voraussetzung dafür ist die endliche Regelung des Reparationsproblems, das heißt die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens, das, wenn auch unter erheblichen deutschen Opfern, einen gangbaren Weg dafür weist. Das Entscheidende bei diesen Gutachten ist, daß die Reparationsleistungen in Einklang mit der Währung gebracht werden, daß also die Mark seiner neuen Entwertungsfähigkeit ausgesetzt werden darf. Die Renten und die sonstigen Gläubiger, die an der Regelung der Aufwertungsfrage unmittelbar interessiert sind, dürfen nicht bloß, gleichzeitig über alles andere hinwegsehend, auf die auch unersetzlich völlig unzulänglichen fünfzehn Prozent hinstarren. Glauben sie, wenn sie den Reichspartien, den Deutschnationalen oder den Deutschsozialisten ihre Stimme geben, damit ihrer Protest gegen die unzureichende Aufwertung ausgedrückt zu werden, so laufen sie Gefahr, daß eine rechtsgerichtete Regierung das Sachverständigen-Gutachten ablehnt und damit, abgesehen von den außenpolitischen Folgen, wirtschaftlich eine Situation heraufbeschwört, die all das im Ru in Trümmer schlägt, was in den letzten Monaten durch die Stabilisierung der Mark mißsam aufgebaut worden ist. Dann kommen in einem neuen wirtschaftlichen Chaos nicht einmal diese bescheidenen fünfzehn Prozent mehr in Betracht. Dann verlieren sie auch diesen Anspruch, weil eine völlig zertrümmerte Wirtschaft nichts mehr hergeben konnte. Wählen Sie dagegen die Deutsche demokratische Partei, dann haben sie die Gewißheit, daß das Sachverständigen-Gutachten angenommen, daß die deutsche Wirtschaft sich wieder langsam weiter erholen und daß dann ganz von selbst auch eine höhere Aufwertung der Hypotheken, der Schuldverschreibungen, der Sparfassen aufgehoben und die Lebensversicherungen einzutreten wird.

Endlich noch ein Wort über die Reichs-, Kriegs-, Staats- und Stadtschulden. Diese öffentlichen Anleihen wurden von der Regierung in den Aufwertungsprozeß überhaupt nicht einbezogen. Warum nicht? Das Defizit der Staats war, als die dritte Steuererhöhung heraufbeschwört, so groß, daß die vielen neu beschlossenen Steuern es nicht hätten decken können, wenn nicht gleichzeitig der Normalzinsfuß erhöht und die Beamtengehälter um fast die Hälfte und darüber hinaus reduziert werden wären. Der Gesamtbetrag einer Schuldsumme von 10,4 Milliarden Goldmark bei Reich, Ländern und Gemeinden erfordert bei einer auch nur zehnprozentigen Aufwertung, die eine Tilgungsrate ohnedies außer Acht läßt, einen Zins bei nur drei Prozent von 300 Millionen Goldmark jährlich. Dieses Geld ist der Regierung beim besten Willen überhaupt nicht aufzubringen. Zugunsten hat sich die demokratische Partei, in der definitiven Fassung der dritten Steuererhöhung, die dieser Erhöhung der öffentlichen Schulden eine Form zu geben, die in späterer Zeit doch noch eine Entschuldigungslösung an die Reichs- und Landes-Schuldverpflichtungen im Vorhinein gefügt worden ist, daß

Vertical text on the right edge of the page, likely bleed-through or a separate column, containing names and addresses.